



## Klassenkampf gegen Raubzug des Kapitals! Vorstoß zum Vierten Reich bedroht alle Werktätigen

Die Verführung der allmächtigen DM bestimmte den Ausgang der Volkskammer-Wahlen mit einem Sieg für ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus. Der galoppierende Drang zur Wiedervereinigung und die Aussicht auf ein kapitalistisches Großdeutschland stellt nicht nur eine zunehmende Gefahr für die sozialen Errungenschaften der DDR dar — seine erste Zielscheibe —, sondern für die Werktätigen der ganzen Welt. Bonns Drang nach Osten jagt dem polnischen Volk zu Recht Angstschauer über den Rücken und wird scharf zunehmende chauvinistische und rassistische Angriffe gegen Polen, Türken, Vietnamesen, Afrikaner und andere Minderheiten in BRD und DDR bedeuten.

Der Sieg der restaurativen Kräfte bei den Wahlen am 18. März fand unter dem Zeichen des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus statt, der jetzt durch diesen Sieg enorm verstärkt werden wird. Nicht überraschend läßt „Deutschland, einig Vaterland“ die Völker Europas erschauern. Angesichts der Perspektive, die Bundeswehr an ihrer Westgrenze zu haben, geben die Polen sogar ihren Antisowjetismus auf, der in den vergangenen Jahren so üppig wucherte. Sowjetische Truppen, die im westlichen Polen stationiert sind, bemerkten, wie beliebt sie in den letzten Monaten bei der Bevölkerung geworden sind.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands trat als einzige Partei bei den Wahlen klar und offen gegen kapitalistische Wiedervereinigung auf. Als einzige gesamtdeutsche Arbeiterpartei sind wir für Internationalismus gegen deutschen

Nationalismus, wir wollen die Arbeiter im Osten und im Westen im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten vereinigen. Wir warnen, daß Arbeiter in der DDR, die für den Anschluß gestimmt haben in der Hoffnung, daß „die schnelle DM“ ein „Ja zum Wohlstand“ bedeutet, sehr bald herausfinden werden, daß sie „Ja zur Arbeitslosigkeit“ gesagt haben. Und die SpAD ruft die klassenbewußten Arbeiter *auf Jetzt* den Kampf zur Verteidigung unserer Arbeitsplätze, besonders von Frauen und ausländischen Arbeitern, und unserer Gewerkschaftsrechte vorzubereiten.

Die Frankfurter Bankiers sind entschlossen, die DDR in ein Billiglohnland zu verwandeln, indem sie den Lebensstandard der Arbeiter hinunterschrauben. Und mit ihren Plänen zur Zerstörung der sozialisierten Grundlagen des deformierten Arbeiterstaats DDR zielen sie zuerst darauf ab, jegliche ernsthaften Gewerkschaftsrechte zunichte zu machen. Graf Otto von Lambsdorff, Führer der West-FDP, besteht darauf, daß es keine Wiedervereinigung geben darf, solange das neue Gewerkschaftsgesetz in Kraft bleibt. Der Westberliner CDUler Pieroth, voraussichtlicher Wirtschaftsminister einer „Allianz für Deutschland“-Regierung, macht dies mit seinem Verlangen deutlich, daß das Aussperrungsverbot weg muß. Was sagt das über die Wiedervereinigung aus, die sie im Sinne haben?

Das Gewerkschaftsgesetz, das von der alten Volkskammer in ihrer letzten Sitzung angenommen wurde, gibt den Arbeitern  
*Fortgesetzt auf S.2*

## Nieder mit dem BRD-Gesetz gegen Immigranten!

Im Gleichschritt mit dem Deutschnationalismus betreibt die Bonner Regierung immer brutaler ihre rassistische Hetze gegen eingewanderte Arbeiter. Nach dem von BRD-Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorgelegten Entwurf eines neuen Ausländergesetzes, der noch vor Mai dieses Jahres durchgepeitscht werden soll, sollen eingewanderte Arbeiter — selbst wenn sie seit Jahren in Westdeutschland arbeiten und für fette Superprofite der Bosse sorgen mußten — jeglichen Anspruch auf Aufenthalt verlieren. Politische Flüchtlinge, die in Westdeutschland um Asyl ansuchen, werden im Schnellverfahren abgeschoben und dem Terror ihrer Heimatländer ausgeliefert.

Dementsprechend steht Entlassung gleichbedeutend für Abschiebung. Die Nachzugsbeschränkungen für Familienangehörige erinnern an die Rassistengesetze in Südafrika. Selbst Neugeborene, die in der BRD zur Welt kommen,

sollen abgeschoben werden, wenn kein „ausreichender Wohnraum“ vorgewiesen werden kann, was bei dem chronischen Wohnungsmangel und den in die Höhe schnellen Mieten fast unmöglich ist.

Mehr als zwei Millionen Immigranten, die großteils in Betrieben der Schlüsselindustrien arbeiten, sollen noch mehr zur Zielscheibe des selbsternannten Nachfolgestaats des Dritten Reiches werden. Jetzt will die BRD-Regierung ein noch umfassenderes Bespitzelungssystem installieren, mit „Unterrichtspflicht“! Politische Betätigung, die der Regierung nicht in den Kram paßt, soll völlig ausgeschaltet werden. Angesichts der erwiesenen Kampfbereitschaft der eingewanderten Arbeiter wollen die Kapitalisten noch vor den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen der IG Metall zum Rundumschlag gegen unsere eingewanderten

*Fortgesetzt auf S.7*

## Vorstoß zum Vierten Reich ...

Fortsetzung von 5.7

das Recht der „Mitbestimmung“ bei der Einführung der kapitalistischen Ausbeutung. Aber es kodifiziert das Recht auf Streik und auf Gewerkschaftsaktivität. Das brachte ihr nicht nur die Denunziation der Christdemokraten sondern auch der Sozialdemokraten ein. DGB-Führer Ernst Breit kritisierte den FDGB dafür, daß er zu viele Rechte verlange, während Ost-SPD-Führer Ibrahim Böhme das Verbot der Aussperrung als „unattraktiv und investitionshemmend“ bezeichnete! Sie wollen die BRD-Gesetze kopieren, wo bestreikte Kapitalisten einfach die anderen Arbeiter aussperren können und ihnen anschließend sogar Arbeitslosengeld verweigern.

Lambsdorff und Pieroth riefen auch zur rapiden Privatisierung der VEBs auf. Dies wird Massenentlassungen in nie gesehendem Maße bedeuten. Das *Handelsblatt* (23./24. März) berichtet über Schätzungen, daß die Arbeitslosigkeit sofort auf zwei Millionen hinaufschnellen wird, das bedeutet fast jeder vierte Beschäftigte. Kombinatdirektoren bereiten schon reihenweise Entlassungspapiere vor: IFA, das mit VW und Daimler-Benz ins Geschäft steigt, denkt an den Rausschmiß von 20 000 seiner 50 000 Arbeiter. Und ein Robotron-Sprecher hat angekündigt, daß mit Ausnahme der Farbfernseherproduktion und der Fertigung von elektrischen Schreibmaschinen sich die Arbeiter der anderen Kombinatbetriebe (66 000 von insgesamt 68 000) „bald ohne Arbeit wiederfinden werden“ (*Financial Times*, 20. März).

Viele CDU-Wähler unter den Arbeitern haben sich gedacht, „nun gut, selbst wenn sie mich entlassen, dann kriege ich wenigstens BRD-Arbeitslosengeld, und das ist immer noch mehr als mein DDR-Lohn.“ Nichts da! In einer Erklärung, nach einer Sitzung des DGB und der westdeutschen Arbeitgebervereinigung, wurde die Übereinkunft verkündet, daß für eine gewisse Zeit das Lohnniveau und die Sozialleistungen „deutlich unter dem westdeutschen Standard“ liegen müssen (*Frankfurter Rundschau*, 10. März). Diese „Übergangsperiode“ wurde als zwischen zwei und zwanzig Jahre dauernd benannt! Und dies gilt nur für diejenigen, die glücklich genug sind, einen Arbeitsplatz zu behalten. Die Arbeiterinnen der DDR werden doppelt getroffen werden, weil die Abschaffung der Schulspeisung und der Kinderkrippen viele Frauen, die nicht direkt von Entlassungen betroffen sind, dazu zwingen wird, ihre Arbeit aufzugeben, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. Den Frauen der DDR droht wieder die Versklavung in der Küche.

Zusammen mit den Entlassungen wird es zu einer antikommunistischen Hexenjagd kommen, die sich besonders gegen jetzige oder ehemalige SED/PDS-Mitglieder richten wird. Die Säuberungen haben schon damit angefangen, daß ehemalige Stasi-Angehörige auf die Abschußliste gesetzt worden sind. Die *New York Times* (20. März) hat einen Unterstützer der DDR-SPD zitiert, als er versuchte, die kommende Hexenjagd zu rechtfertigen: „Es wird Arbeitslosigkeit geben, besonders bei den kommunistischen Parteimitgliedern. Viele von ihnen haben keinen richtigen Beruf, oder sie sind Alkoholiker, oder sie kommen immer zu spät zur Arbeit, weil man ihnen ja nichts anhaben konnte.“

Und es geht nicht nur um Entlassungen. Metallarbeiter bei Bergmann-Borsig werden täglich von westdeutschen „Rowdies“ angegriffen, die Steine über den Zaun werfen und sogar Löcher in die Mauer schlagen. Kohls CDU-Wahlkampfveranstaltungen waren von Rostock bis Leipzig mit faschistischen Banden durchsetzt, den Stoßtrupps für eine kapitalistische Wiedervereinigung. Mit der Parole „Rote raus“ wollen sie alle beseitigen, die Arbeiterinteressen verteidigen, und der FDGB soll als ein mögliches Zentrum des Widerstands zerschlagen werden. Die Sozialdemokraten spielen in dieser Kampagne eine

führende Rolle, besonders mit ihren Versuchen, Betriebsräte nach dem Muster der BRD einzuführen.

Die Arbeiterklasse der DDR hat noch nicht ihre Stimme erhoben als eine organisierte Kraft, die für ihre eigenen Klasseninteressen kämpft. Aber es wird bestimmt scharfe Kämpfe geben gegen die Versuche der Kapitalisten, die sozialen Grundlagen des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR zu zerschlagen. Polen hat schon seit mehr als sieben Monaten eine Regierung, die auf die Restauration des Kapitalismus abzielt, aber die Imperialisten mußten feststellen, daß die Wiedereinführung des Kapitalismus nicht einmal in Polen so einfach ist, wo die Wirtschaft total am Ende ist und die Arbeiterklasse durch Solidarnosc, eine klerikal-nationalistische Massenbewegung, demoralisiert worden war.

Wenn Entlassungswelle, Berufsverbotskampagne - und massive Preiserhöhungen in der DDR wirksam werden, werden die Arbeiter mit dem Rücken zur Wand Widerstand leisten müssen. Bei Bergmann-Borsig, wo westdeutsche Gewerkschaftler die Machtlosigkeit der Betriebsräte a la BRD erläutert haben, und wo westdeutsche Kapitalisten die Trommel für „Joint ventures“ rühren, haben die Arbeiter stattdessen einen Belegschaftskontrollrat unter Beteiligung der BGL gebildet. Aber zu welchen Forderungen, zu welchen Kampfformen sollen wir greifen? Isolierte Streiks in Einzelbetrieben könnten kapitalistische Aussperrungen und Betriebsschließungen erleichtern.

Mit der Konterrevolution vor der Tür wird jede wirkliche Verteidigung von Arbeiterinteressen eine Situation der Doppelherrschaft hervorbringen. Massenentlassungen und Versuche, Fabriken stillzulegen, müssen mit Fabrikbesetzungen beantwortet werden und mit der Aufrechterhaltung der Produktion unter Arbeiterkontrolle. Dies erfordert die Unterstützung anderer Werke des selben Kombinats und der Lieferanten: aus solchen Kämpfen heraus werden sich Arbeiterräte bilden. Und sich darauf zu beschränken, Druck auszuüben, wird die Wiedervereinigungs-Volkskammer nicht davon abhalten, das Gewerkschaftsgesetz aufzuheben: was wir brauchen, ist ein Generalstreik, wie ihn schon der FDGB angedroht hatte, um das Gesetz durchzusetzen.

Der Schlüssel dazu wird umfassender Klassenkampf der Arbeiter und eine antikapitalistische politische Strategie sein. Indem die Kapitalisten versuchen, ein zweistufiges Lohnsystem zwischen Ost und West zu schaffen, trachten sie danach, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Es wird nötig sein, die Vorurteile der westdeutschen Arbeiter zu bekämpfen, um erfolgreich die sozialen Errungenschaften und den Lebensstandard in der DDR zu verteidigen. Und so wie die Arbeiter in der BRD den Rassismus gegen türkische Immigranten bekämpfen müssen, müssen die Arbeiter in der DDR ihre Kollegen aus Mocambique, Vietnam, Kuba und Polen gegen Angriffe und Abschiebungen verteidigen.

Im Augenblick triumphiert das schwarz-rot-goldene Banner des deutschen Nationalismus. PDS, VL, KPD und der Rest der opportunistischen Linken machen mit bei dem großdeutschen Rausch. Aber trotz dieser Lähmung und Kapitulation gibt es eine Menge von Menschen, die kein kapitalistisches Großdeutschland haben wollen. Am Tag nach der Volkskammerwahl sind in Berlin 3000 bis 5000 Demonstranten unter einem Banner „Berlin bleibt links“ und mit Sprechchören „Nazis raus“ unter dem Singen der Internationale auf die Straße gegangen. Als Antwort wurden aus Solidarität rote Fahnen und Staatsfahnen der DDR aus den Fenstern geschwenkt.

Sowohl in der BRD, der DDR und jenseits der Oder-Neiße-Grenze ist der Schlüssel die revolutionäre Führung. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die deutsche Arbeiterklasse dazu auf, eine wirksame Solidarität mit den

## SpAD-Kandidat Toralf Endruweit und Renate Dahlhaus

# Trotzkisten im Fernsehen

Am 76. März hat die SpAD eine fünfminütige Wahlsendung im Fernsehen gemacht, deren Wortlaut wir nachstehend abdrucken.

**Toralf Endruweit:** Guten Abend, wir sind von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Ich bin Toralf Endruweit, der Volkskammerkandidat der Spartakisten. Das ist meine Genossin Renate Dahlhaus, unsere Sprecherin.

Wir sind die Partei, die bei diesen Volkskammerwahlen sagt, daß wir eintreten, ganz entschieden, gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wir treten ein für die Verteidigung der DDR und der Sowjetunion. Wir sagen, wer nicht fähig ist, das bereits Errungene zu verteidigen, wird niemals Neues erkämpfen können.

Wir sind die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga und kämpfen für die Erneuerung der Vierten Internationale.

**Renate Dahlhaus:** Eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hätte katastrophale Auswirkungen auf Rentner, Jugendliche, ausländische Bürger und vor allem die Frauen, die sofort wieder zurück an den Herd geschickt werden müssen.

Wir wollen keine Deutsche-Banken-Republik, sondern wir wollen kämpfen dafür, daß die soziale Marktwirtschaft, die bedeutet Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Elend, daß die verhindert wird, und daß das, was in der DDR geschaffen worden ist, erhalten wird und ausgebaut wird. Und das heißt, für Arbeiterräte, daß die Arbeiter selber bestimmen und dieses Land endlich demokratisch verwalten und gestalten, daß sie an die Macht kommen. Und das ist das Programm — Arbeiter- und Soldatenräte, für den Erhalt der DDR. Und das heißt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung.

**Toralf:** Wir treten ein für ein internationalistisches leninistisches, trotzkistisches Programm. Uns wird immer vorgeworfen, wir wären unrealistisch und utopisch. Aber ist es realistisch, einzutreten für ein Viertes Reich, in welchen Grenzen auch immer, für ein groß-nationales Deutschland? Oder ist es realistisch, zu kämpfen, daß unsere Errungenschaften erhalten bleiben in der DDR?

Wir treten ein für internationale Arbeitsteilung. Wir gucken nicht nach Gorbatschow, sondern wir gucken zu

den Arbeitern in Workuta, in Sibirien, in der Sowjetunion, die zu Zehntausenden gestreikt haben, um ihre Rechte zu verteidigen, die gestreikt haben, um die sozialen Mißstände in ihrem Land zu bekämpfen, um gegen die Perestroika-Politik von Gorbatschow zu kämpfen.

Die PDS sagt, erst müssen wir eine Marktwirtschaft einführen, indem sie sagen „soziale Marktwirtschaft“, was eine Lüge ist, weil es keine soziale Marktwirtschaft geben kann.

Sie sagen, sie wollen eine starke Opposition für die Schwachen sein, was Verrat und Demagogie ist. Denn wer sollen die Schwachen sein in diesem Land? Wir wollen nicht, daß es Schwache gibt, und wir sagen, die PDS ist eine schwache Opposition für die Starken in diesem Land. Zweitens sollten sie sich zusammenschließen und eine Stimme machen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung.

Die PDS sagt, erst muß die Marktwirtschaft eingeführt werden, dann können wir kämpfen für einen Sozialismus. Das haben wir schon mal gehört, die KPD hat gesagt, „nach Hitler wir“. Was daraus geworden ist, wissen wir alle.

Gorbatschow versucht uns jetzt sein Erdöl zu verkaufen für DM. Die müssen eben jetzt Devisen dafür geben für Öl, was ihnen nicht gehört, sondern den Arbeitern, die es gefördert haben. Und wir treten ein, mit diesen Arbeitern zusammenzustehen, um Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um ein Vereinigtes Sozialistisches Europa zu bilden.

Wir treten ein, zusammen mit den Arbeitern in der Sowjetunion, den Arbeitern in England, die zu dieser Stunde in den Straßen von London gegen die Thatcher-Politik kämpfen. Wir treten zusammen mit den Arbeitern Westdeutschlands, die in diesem Jahr streiken werden für Lohnerhöhungen und für Arbeitszeitverkürzung.

Wir sind keine Knierutscherpartei wie diejenigen, die eine Wiedervereinigung wollen, ob nun schneller wie die SPD, oder langsamer wie die PDS. Wir stehen aufrecht und sagen das, was viele von uns wissen — gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

**Renate:** Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Wir stehen in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki. Für ein rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

polnischen Arbeitern zu organisieren, die gegen kapitalistische Austeritätspolitik kämpfen. Die Einheit des deutschen Proletariats gegen das deutsche Kapital kann machtvoll durch aktive Solidarität der Arbeiter in der DDR für einen Metallarbeiterstreik in der BRD demonstriert werden. Und wenn die Arbeiter von Eisenhüttenstadt ihren Klassenbrüdern an der Ruhr zur Seite stehen, wenn proletarische Solidarität sich von Frankfurt/Main über Frankfurt/Oder bis Warschau und Gdansk erstreckt, kann die imperialistische Ausplünderung gestoppt werden.

Der Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Errungenschaften ist Teil des Kampfes für ein Arbeiterrätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

### Abonniert *Spartakist* Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):  
DM 10—/10 Mark der DDR  
Alle Abos enthalten *Spartakist*  
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei: Postfach 2002,  
Berlin 1026

Sparkasse der Stadt Berlin,  
Konto-Nr. 6652-44-314496



### VERANSTALTUNG

3. April - 19.00 Uhr

### SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet Di.-Do. 18.00-21.00 Uhr

Kulturhaus „Ernst Schneller“, Fließstraße 3-7, Berlin 1190

# Für Arbeitersicherheitsausschüsse! Verteidigt die Arbeitsplätze!

## Woher kommt die Hysteriekampagne gegen das KKW Greifswald

Nach den Volkskammerwahlen stellt sich immer direkter die Gefahr für die sozialen Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR durch eine kapitalistische Wiedervereinigung. Mit dem Versprechen von westlichem „Know-how“ wollen die Kapitalisten westliche Massenarbeitslosigkeit einführen und ganze Gebiete des Landes in eine ökonomische Müllhalde verwandeln. Heute geht es um das Schicksal von Greifswald. Bei einer Schließung des KKW „Bruno Leuschner“ in Lubmin würden sofort 8000 der insgesamt 18 000 Arbeitsplätze in Greifswald gestrichen, die restlichen Arbeitsplätze wären gefährdet und die Fernheizung würde abgeschaltet. Die Stadt wäre buchstäblich kaltgestellt, in eine Geisterstadt verwandelt und zehn Prozent der Energieversorgung des DDR wären ausgelöscht.

Nach der massiven Einschüchterungskampagne der westlichen Medien und einem Diktat des CDU-Bundesreaktorministers Karl Töpfer stimmte die Regierung von Modrow und Rundem Tisch zu, einzelne Blöcke des Kraftwerks stillzulegen. Wir berichteten (*Spartakist/Arprekorr* Nr. 22, 8. Februar) über die Demonstration vom 6. Februar, als 15 000 Arbeiter des Lubmin-Werks zusammen mit ihren Kollegen von NEG gegen diese Entscheidung, sie auf der Grundlage von unberechtigten „Sicherheits“empfehlungen durch „Spezialisten“ der BRD von ihren Arbeitsplätzen hinauszuerwerfen, protestierten. Aber eine Woche später wurden zwei der vier Blöcke stillgelegt, und seitdem noch ein weiterer. Die *taz* (2. März) berichtete, daß eine „Zwischeneinschätzung“ dazu aufforderte, gleich das gesamte Kraftwerk zu schließen. Die Spartakist-Arbeiterpartei sagt: Kein einziger Arbeitsplatz in Greifswald darf gestrichen werden! Die Arbeiter und ihre Verbündeten müssen jetzt zur Verteidigung ihres Lebensunterhalts mobilisieren.

Die Kampagne zur Schließung des KKW in Greifswald ist Teil einer imperialistischen Destabilisierungskampagne gegen die DDR. Sie wurde vom *Spiegel* mit einer Reihe von panikmachenden Artikeln im Januar angefangen. Diese skrupellosen Artikel waren mit Sprüchen überladen wie z. B.: „atomarer Sprengsatz, der jeden Moment in die Luft fliegen . . . kann“, „fast ein Super-GAU“, „Alptraum-Störfall“, „ein atomares Pulverfaß“ usw. Die Überschrift des Artikels am 29. Januar lautete: „Zeitbombe »Tschernobyl Nord.“ *Der Spiegel* ist offensichtlich bei Goebbels Politik der „Großen Lüge“ in die Schule gegangen. In der Kampagne für kapitalistische Wiedervereinigung konkurriert er sogar mit Springers *Bildzeitung*, was wüste Übertreibungen und massive Verzerrung anbelangt.

Zum ersten hat Greifswald weder in bezug auf irgendwelche Sicherheitsprobleme noch bezüglich der grundlegenden Konstruktion irgendetwas mit Tschernobyl gemein, außer daß beide Reaktoren von der Sowjetunion gebaut wurden. Der ernsthafteste Unfall, der im Dezember 1975 in Greifswald auftrat, beinhaltete einen Kurzschluß, der zum Kabelbrand führte. Die Stromversorgung von allen Hauptumwälzpumpen außer einer fiel aus. Aber weder der atomare Brennstoff noch andere Teile der Anlage wurden beschädigt. *Der Spiegel* malte einen späteren Unfall als mögliche Katastrophe aus, vor der uns nur ein „technisches Wunder“ bewahrte. Aber Dr. Manfred Meurer, Direktor für Forschung und Entwicklung beim Kombinat Kernkraft-

werke, hebt hervor: „Zu jenem Zeitpunkt hatte der betreffende Block drei noch keinen atomaren Brennstoff geladen.“ (*Wochenpost*, 9. März)

Ungeachtet dieser Hysterie gegen Greifswald gibt es bezüglich atomarer Energie ernsthafte Sicherheitsfragen, in Greifswald genauso wie anderswo. Die SpAD ist eine marxistische politische Partei, und als solche behaupten wir nicht, irgendwelche besonderen Fähigkeiten im Umgang mit solchen technischen Fragen zu haben. Um aber möglichst umfassende Informationen für unsere Leser und besonders für die Arbeiter in Greifswald zusammenzustellen, haben wir verschiedene technische Fachpublikationen herangezogen und telefonisch mit einem dänischen Wissenschaftler gesprochen, der sich mit Reaktorsicherheit beschäftigt.

Am 2. Februar, am Höhepunkt des westdeutschen Aufruhrs über das Greifswalder KKW, erklärte die dänische Zeitung *Fyns Amts Avis* (2. Februar) in ihrer Überschrift: „Kein Grund für Panik über Atomreaktor!“ Der Artikel zitiert „die Einschätzung dänischer Experten über die gegenwärtige Situation bezüglich des vieldebattierten Atomkraftwerks, das sich 120 Kilometer von Dänemark befindet“, und fährt fort: „Die jüngsten Informationen über eine Reihe von Unfällen sind übertrieben und überdramatisiert. Bei den meisten Fällen ist es eine Frage von Routineberichten, wie sie gleichermaßen von jedem anderen Atomkraftwerk herausgegeben werden.“

Genauso berichtete das amerikanische Atomkraft-Magazin *Nucleonics Week* (22. Februar), daß sogar „ein erfahrener westeuropäischer Sicherheitsbeamter die Erklärung von Töpfer zu Greifswald als ‚technisch überflüssig‘ und ‚allein von der Politik der deutschen Wiedervereinigung‘ bewertete.“

In einem Interview bemerkte Dr. Peter Fynbo vom Riso National Laboratory in Dänemark, daß der Tschernobyl-Reaktor ein Graphitreaktor ist, der nur in der Sowjetunion verwendet wird. Der Greifswald-Reaktor ist ein anderer Typ, der dem Hochdruckwasser-Reaktor ähnlich ist, wie sie im kapitalistischen Westen hauptsächlich verwendet werden. Tatsächlich war der Kabelbrand 1975 einem Unfall beim Brown's Ferry-Kraftwerk in Alabama in den Vereinigten Staaten ähnlich, und er war weitaus weniger gefährlich als die Beinahe-Kernschmelze beim Three-Mile-Island-KKW in Pennsylvania 1979.

Eine internationale Arbeitsgruppe von acht Atom-sicherheitsexperten, die vom 12. bis 16. Februar Greifswald besuchten, „fanden die Anzahl von sicherheitsbedeutsamen Ereignissen nicht über dem Durchschnitt“ (*Nucleonics Week*, 22. Februar). Tatsächlich sind in den vergangenen zwei Jahren alle 1191 Ereignisse in Greifswald, über die Berichte erstellt wurden, noch nicht einmal von einer neuentwickelten internationalen Skala erfaßt worden, mit der Reaktorunfälle bewertet werden, mit Ausnahme von sechs. Und die anderen sechs waren auf den Stufen eins oder zwei, „die nur geringe Abweichungen aufzeigen (und die erkennen lassen), daß es dort weder radioaktive Entweichungen . . . noch einen ernsthaften Verlust von Sicherheitsschutz“ gab.

Der Artikel in *Nucleonics Week* stellt auch fest, daß

„westdeutsche offizielle Stellen vorgeschlagen haben, daß als Ersatz für die beiden 440-Megawatt-Blöcke schnell Elektrizität von den beiden westdeutschen Kohlekraftwerken an der Grenze geliefert werden könnte“. Im Interesse unserer Gesundheit wollen sie uns also noch mehr mit Schwefeldioxid-Abgasen vergiften! Kein Wunder, daß 45 Prozent der Bevölkerung der DDR, eine weit höhere Zahl als in der BRD, für atomare Energie im Interesse von besserer Luft eintritt.

Diejenigen, die wie Neues Forum und Die Grünen für eine Schließung von Greifswald getrommelt haben, tun damit nichts zur Verbesserung der Umwelt, sondern eine Menge, um die Profite der westdeutschen Energieindustrie aufzustocken. Verschiedene westdeutsche Firmen wie das Bayernwerk und Preussenelektra, die Reaktoren in der DDR bauen wollen, sind daran interessiert, die von der Sowjetunion gebauten Reaktoren in Greifswald zu diskreditieren.

Das Freiburger Öko-Institut beschuldigte westdeutsche Energiekonzerne, „Eroberungsfeldzüge“ durchzuführen, zur „Aufteilung des neuen Energiekuchens DDR“, einschließlich „kurz- und mittelfristig Überkapazitäten aus ihrem Kraftwerkspark über die geplanten Stromtrassen in die DDR zu verscherbeln“ (*Frankfurter Rundschau*, 12. März). Langfristig planen sie "die atomare Aufrüstung mit dem Bau von Atomkraftwerken in der DDR". Tatsächlich drängt der deutsche Imperialismus zur Aufrüstung mit Atomwaffen, *die er auch schon hat*. Hierin besteht die reale Atomgefahr — denkt nur an einen Hitler mit A-Waffen!

In einem Deutschland der Arbeiterräte werden Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung einen viel größeren Stellenwert einnehmen als dies jemals in irgendeinem kapitalistischen Staat der Fall ist oder sein wird. Diese Fragen können nicht von einer Handvoll Bürokraten entschieden werden, und noch viel weniger von kapitalistischen Konzernen, deren einziges Interesse es ist, ihre Profite hochzutreiben. Die technischen Spezialisten, die sich heute

dazu gezwungen sehen, im Auftrage der Kapitalisten oder der Bürokraten zu lügen und zu schwindeln, werden unter einer Regierung von Arbeiterräten ihre Fähigkeiten voll einsetzen können und uns über die besten Möglichkeiten, unser Leben zu verbessern, beraten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die Arbeiter in Greifswald auf, ihre eigenen Sicherheitsausschüsse zu organisieren, die die fähigsten ihrer Kollegen wählen und die Ratschläge von technisch kompetenten Experten heranziehen sollten. Anders als die stalinistischen Bürokraten, die durch Jahre der Verschleierung diskreditiert sind, könnten solche Ausschüsse der imperialistischen Hysterie-Kampagne entgegentreten und entscheiden, ob aus Sicherheitsgründen wirklich ein oder mehrere Blöcke in Greifswald stillgelegt werden müssen. Sollte das der Fall sein, müssen für alle Arbeiter andere Arbeitsplätze gefunden werden. Nur die politische Macht von demokratisch gewählten Arbeiterräten kann sicherstellen, daß stichhaltige Entscheidungen im Interesse der Sicherheit aller gefällt werden.

Wir sind für weitestgehende technische Entwicklung, einschließlich Atomkraft, durch enge Zusammenarbeit mit den anderen Arbeiterstaaten. Hinter Breschnews Entscheidung in den frühen achtziger Jahren, sowjetische Ölpreise in die Höhe zu treiben, stand das Dogma des „Sozialismus in einem Lande“. Jetzt verkauft Gorbatschow der DDR Öl für harte Währung. Das Honecker/Mittag-Regime antwortete darauf mit nationaler Autarkie, was die Verbrennung von immer mehr Braunkohle bedeutete. Was wir wirklich brauchen, ist internationale sozialistische Planwirtschaft. Eine Übernahme durch die Kapitalisten wird nur größere Arbeitslosigkeit und weniger Sicherheit bedeuten. Die einzige Sache, an der die Kapitalisten interessiert sind, sind ihre eigenen Profite. Die SpAD sagt: Nieder mit der imperialistischen Destabilisierungskampagne! Verteidigt die Arbeitsplätze der Arbeiter in Greifswald! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

## Bericht aus Halle-Neustadt:

# Müllarbeiterstreik verhindert Privatisierung

Als Pläne zur Privatisierung der kommunalen Müllabfuhr in Halle-Neustadt bekannt wurden, traten die 524 Müllarbeiter am 14. März geschlossen in Streik. Anlaß war ein Antrag des Betriebsdirektors auf Gewerbebegenehmigung beim Rat der Stadt Halle-Neustadt. Er hatte den gleichen Antrag bereits zuvor beim Rat der Stadt Halle gestellt, wo er aber abgelehnt wurde. Zusammen mit der berüchtigten westdeutschen Firma Edelfhof wollte er die Müll-Entsorgung in Halle-Neustadt übernehmen.

„Wir wollen kommunal bleiben“, forderten die Arbeiter, die entschlossen sind, ihre Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Vom frühen Morgen an blockierten sie mit ihren Lkws Betriebshof und Einfahrt, um sicherzustellen, daß kein Müllauto den Hof des VEB Stadtwirtschaft Halle verläßt. Sie betonten auch, daß eine Privatisierung über die daraufhin frei kalkulierbaren Preise auf die Mieten durchschlagen würde. Nach nur wenigen Stunden kapitulierte der Rat der Stadt vor den streikenden Arbeitern: die Müllabfuhr bleibt vorerst kommunal, der Betriebsdirektor und sein Stellvertreter wurden von ihren Posten gefeuert, und die Arbeiter bildeten im Kampf einen Betriebsrat.

Die Fahrzeuge des VEB Stadtwirtschaft Halle sind im Schnitt zehn bis 15 Jahre alt und es bedarf enormer Anstrengungen der Arbeiter, die Müllabfuhr der Stadt

aufrechtzuerhalten. Die Aussicht auf Mercedes-Lkws und DM, um z. B. frisches Gemüse kaufen zu können, brachte eine Mehrzahl der Arbeiter dazu, für die CDU zu stimmen. Als Vertreter der Spartakist-Arbeiterpartei das Gelände besuchten, waren lauter Kohl-Plakate im Betriebshof zu sehen. Aber die Arbeiter sind fest entschlossen, eine Privatisierung ihres Betriebs und damit verbundene Entlassungen zu verhindern.

Dieser Gegensatz zwischen phantastischen Hoffnungen auf ein DM-Wirtschaftswunder und der begründeten Furcht, ihre Errungenschaften zu verlieren, widerspiegelt im kleinen das Bewußtsein von breiten Teilen der Arbeiterschaft der DDR. Während die meisten Linksparteien die kapitalistische Wiedervereinigung mit leerem Wahlkampfgerede über soziale Sicherheit mitmachen, ruft die SpAD zum entschlossenen Kampf gegen die Privatisierung und die sonstigen Konsequenzen des Anschlusses an die BRD auf.

Was die modernen Lkws angeht, könnten diese beispielsweise aus dem ungarischen Ikarus-Werk geliefert werden, das aber vor kurzem für die Heilige Kuh „soziale Marktwirtschaft“ geopfert wurde. Auch für Müllarbeiter ist eine internationale Planwirtschaft vonnöten.

## Brief an Spartakist/ARPREKORR

# Wohin treibt Gorbatschow?

Hallo Spartakisten!

Euren „Spartakisten“ habe ich mir jetzt das dritte Mal gekauft. Ich habe das Bedürfnis, Euch meine ehrliche Meinung dazu zu schreiben. Ich schreibe Euch, wie auch Ihr in Eurer Zeitschrift anonym, da man ja nicht ahnen kann, was für Zeiten noch kommen. Zuerst einmal finde ich es gut, daß es in dieser Zeit noch Leute gibt, die nicht der „Allgemeinheit“ hinterherlaufen und nicht auf das offizielle Gehetze eingehen. Zunächst einmal möchte ich bekunden, daß ich im wesentlichen mit Eurer Meinung übereinstimme. Auch nach meiner Meinung ist die proletarische Demokratie die einzige Zukunft der Menschen. Ich stimme mit allem überein, außer mit dem, was ich jetzt gerne zu bedenken geben möchte.

Zuallererst möchte ich davor warnen, daß Ihr zu extrem in Eurer Meinung werdet und damit stalinistische Züge annehmt. Zum anderen warne ich vor einer zu schnellen Verurteilung M. Gorbatschows. Nach meiner Meinung versucht er nicht die SU zu verkaufen, er steht nur auf dem Standpunkt, man kann nicht, wie es im Stalinismus versucht wurde, dem Volk etwas verordnen, sondern es muß selbst und ohne Einfluß erkennen, was gut und was weniger gut ist (natürlich ist so etwas bei uns z. Z. nicht möglich), deshalb spricht er z. B. auch davon, daß die Reformprozesse erst greifen müssen. Daß dabei allerhand Dreck mit hochkommt ist einleuchtend, aber mit staatlichen Verboten erreicht man da nichts.

Außerdem ging es Lenin um ein Absterben des Staates nach der Diktatur des Proletariats (natürlich in der jetzigen Lage nur nach innen). Das ist aber nur möglich, wenn der Kommunismus zur Überzeugung geworden ist, und zwar durch die Erfahrungen der Menschen, und nicht durch *blinde* Propaganda, denn das hatten wir ja schon. Die Menschen müssen also *bewußt* diesen Dreck ablehnen. Wenn Ihr das akzeptieren könnt, würde ich mich freuen, wenn Ihr ihn unterstützen würdet, denn viele bejubeln zwar, was er macht, aber alle lassen ihn allein und das Ziel sollte doch einen.

Lenin und Trotzki werden oft als ruhige, besonnene und kameradschaftliche Menschen beschrieben. In diesem Sinne sollte man ihre Werke auch studieren und weiterführen, was einseitige Interpretation hervorbringen kann, auch das sollte uns die Geschichte lehren. Also nicht mit allzuviel Haß aber viel Verstand zu den Wahlen gehen. Ein Kommunist zeichnet sich dadurch aus, daß er allen anderen Menschen zwei Schritte voraus ist (das nicht als Festlegung, sondern als Aufforderung). Als Arbeitsvorlage empfehle ich Euch Lenins „Staat und Revolution“. Es liefert genau die theoretische Grundlage, die jetzt benötigt wird.

Entschuldigt falls sich vieles überheblich anhören sollte, aber in der Kürze und Eindringlichkeit ließ sich vieles nicht anders formulieren. Es sollte nur eine Anregung zum Nachdenken sein und erhebt keinen Anspruch auf absolute Wahrheit.

Viel Erfolg und Zuversicht vor allen bei den Wahlen wünscht Euch

G. K.

ARPREKORR antwortet: Wir begrüßen den besonnenen Brief von G. K. Andere haben uns in Verteidigung Gorbatschows ähnliche Fragen gestellt. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum Gorbatschow anfänglich so populär

war. Glasnost hat den Würgegriff des stalinistischen Zensors gelockert und sowjetischen Bürgern zumindest die Möglichkeit gegeben, zu lesen und auszusprechen, was sie wollen, und Gorbatschow versucht offensichtlich Lösungen zu vermeiden, bei denen Blut fließen würde. Doch der gleiche Gorbatschow steht der Desintegration des multinationalen sowjetischen Staates vor und facht das Anwachsen der kapitalistischen Kräfte in der Sowjetunion an. Und jetzt hat er explizit den kapitalistischen Anschluß der DDR abgesehnet.

Die Hauptbedingung für die Entwicklung des Sozialismus — und damit für das Absterben des Staates — ist die Zerschlagung des imperialistischen Systems durch Arbeiterrevolution in den imperialistischen Ländern. Der Stalinismus dagegen stärkt die Kräfte des Imperialismus und unterminiert die Verteidigung der Sowjetunion. Gorbatschows Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan stärkte Washington und dessen afghanische Mörderbanden. Sein Druck auf die Sandinistas in Nicaragua hat dazu beigetragen, den Weg für die Rückkehr einer Contra-Regierung freizumachen. Und seht Euch die Auswirkungen seines Nachgebens gegenüber Bonns Drang nach einem Vierten Reich auf die DDR und die ganze Welt an!

Gorbatschows Politik, und besonders die ökonomischen und internationalen Aspekte von Perestroika, basieren nicht auf den Interessen des Proletariats, sondern auf einer Schicht von Technokraten und Intellektuellen, deren Blick zum imperialistischen Westen gerichtet ist. Sie wollen eine Marktwirtschaft, bürgerlichen Parlamentarismus und umfassende Beschwichtigung des NATO-Imperialismus. Hauptsächlich aus Kindern von Stalins Apparatschniks bestehend, kapituliert diese privilegierte Schicht jetzt auf ganzer Linie vor dem unversöhnlichen wirtschaftlichen und militärischen Druck des Weltkapitalismus auf die Sowjetunion. Stalinismus, ob unter Gorbatschow oder unter seinen Vorgängern, bedeutet den Verrat des revolutionären Kampfes und Beschwichtigung des Imperialismus.

Zuhause haben Gorbatschows „Marktreformen“ die Appetite der wirtschaftlich besser gestellten Nationalitäten verstärkt, und damit nationalistische Gegensätze freigesetzt und verstärkt, die all die Jahre durch die großrussische Bürokratie unterdrückt worden waren. Und jetzt hat eine konterrevolutionäre Regierung Litauen zu einer unabhängigen Republik erklärt. Mittlerweile nimmt der Antisemitismus zu und Juden in Moskau und Leningrad leben in Furcht vor Pogromen, während die Faschisten von Pamjat eine gefürchtete Kraft geworden sind.

Gorbatschows Wirtschaftspolitik hat ihn zunehmend *unpopulär* gemacht bei den sowjetischen Arbeitern, deren Recht auf Vollbeschäftigung und soziale Errungenschaften direkt gefährdet sind. Kleinkapitalistische „Kooperativen“, denen Gorbatschow grünes Licht gegeben hat, sind der am meisten verhaßte Teil der sowjetischen Gesellschaft. Die Arbeiter der Sowjetunion haben begonnen, Widerstand zu leisten, wie man beim großen Bergarbeiterstreik vom letzten Sommer und weiteren Streiks in diesem Winter sehen konnte. Die Streikkomitees, die die Bergarbeiter gebildet hatten, zeigen den Weg zu wirklichen Sowjets, die die gesamte Gesellschaft lenken werden.

Für weitere Informationen über Gorbatschow und seine Politik empfehlen wir unseren Lesern unsere Spartakist-Broschüre „Marktsozialismus in Osteuropa“.

# Brief an unsere sowjetischen Genossen Soldaten

Liebe Genossen,

Soldaten der sowjetischen Armee, Ihr kommt aus einem Land, das jetzt in großer Sorge ist. Eure Vorgesetzten und politischen Instrukteure haben Lenin so sehr in den Himmel gehoben und Trotzki so sehr verleugnet und vergraben, daß der eine jetzt eine langweilige Ikone ist und der andere ein Monster. In Wirklichkeit waren beide reale Menschen in einer realen Welt, die die Massen der sowjetischen Völker zur Befreiung geführt haben, soweit dies in einem armen, rückständigen, vom Krieg verwüsteten Land möglich war.

Heute ist in der Heimat die Lage sehr konfus. Auf der einen Seite ist es erlaubt, über verbotene Dinge unserer Geschichte zu reden und Antworten darauf zu finden. Auf der anderen Seite wird die kapitalistische Ausbeutung ermutigt. Die Nationalitäten sind ruhelos und wollen sich abtrennen, denn Jahrzehnte des Stalinismus haben sehr stark den Geschmack des Zarismus hinterlassen, den Lenin als "ein Völkergefängnis" charakterisiert hat. Durch Perestroika wurden die schon früher existierenden nationalen Widersprüche in großem Maße angeheizt und intensiviert durch die Förderung von wirtschaftlichem Wettbewerb und Egoismus. Die sozialistischen Prinzipien der Gleichheit, des Internationalismus und der proletarischen Solidarität wurden herabgewürdigt.

Einen anderen Pol bilden Pamjat und dergleichen, die sich danach sehnen, zum "alten Rußland" des Obskurantismus, der Rückständigkeit und der Verfolgung von Juden zurückzukehren. Großrussische nationalistische Demagogen versprühen ihr Gift in der Arbeiterklasse, um deren Handlungsfähigkeit zur Verteidigung ihrer Interessen über nationale Grenzen hinweg lahmzulegen. Wie Lenin 1919 gesagt hat: "Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät. Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationen im Kampf für den Sturz des Kapitals."

Die Sowjetunion von heute ist nicht so bedürftig wie 1920, als sie aus dem Bürgerkrieg hervorkam. Aber seit 1945 sind ihre imperialistischen Feinde unter der Führung der Regierung der Vereinigten Staaten in einem gnadenlosen allseitigen Kampf zur Zerschlagung der Sowjetunion vereint.

## Immigranten ...

*Fortsetzung von S. 1*

Kollegen ausholen. Und mit der Aussicht des Anschlusses der DDR als Billiglohnland werden ausländische Arbeiter beiderseits der Grenze gefährdet. Wenn die Osmar-Kapitalisten den VEB NARVA übernehmen, werden vietnamesische Frauen in Berlin (DDR) und türkische Frauen in Westberlin sofort von Entlassung bedroht.

Die Abwesenheit der vorgeblichen Linken bei Demonstrationen in der letzten Woche gegen das BRD-Ausländergesetz ist ein weiterer Beweis ihrer Unterordnung unter das Aufwallen des deutschen Nationalismus. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert im Gegensatz dazu: Für Gewerkschaftsmobilisierung gegen die geplanten Massendeportationen! Keine einzige Abschiebung! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische

Stalins verbrecherische Usurpation der Sowjet- und Parteidemokratie, seine Feindschaft gegen die internationale sozialistische Revolution und sein feiges Kriechen vor der einen oder der anderen imperialistischen Macht hat die Sowjetunion so sehr geschwächt, daß Stalins Erben jetzt planen, sie aufzugeben. Sie kapitulieren vor der Aussicht eines Vierten Reiches. Dies wird die gefährlichsten kriegstreiberischen Kräfte ermutigen, vom westdeutschen Revanchismus bis zum Pentagon, die sich jetzt vorgenommen haben, die Sowjetunion zu zerstücken und als antikapitalistischen Staat zu zerstören.

Dieser Kurs wird von breiten Schichten der städtischen Intelligenz getragen und vorangetrieben, die in der Tat die Nachkommen der ehemaligen Bürokraten Stalins sind und die jetzt glauben, daß sie kapitalistische Beamte und Beschöniger werden können. Aber die ökonomische und politische Realität des Kapitalismus auf dem Grab des multinationalen Heimatlands der Oktoberrevolution wird alles andere als nett sein. Hütet Euch vor den Lügen der Demagogen des "freien Marktes", die das Leben im Kapitalismus als Traumland vorgaukeln. Hütet Euch vor den Lügen der wiederauflebenden Sozialdemokraten, die von einem "kontrollierten Kapitalismus" sprechen; sie sind, bewußt oder nicht, ein Trojanisches Pferd für eine neue Operation Barbarossa.

Die Sowjetunion braucht eine starke Arbeiterpartei, aufgebaut auf innerer Demokratie und militärischer Einheit an der Front. Seit 1945 habt Ihr und Eure Väter hier in der DDR gestanden, an dieser Frontlinie gegen die imperialistischen Bedrohungen für unsere gemeinsamen Errungenschaften, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden. Wir müssen die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion und den anderen Arbeiterstaaten auf der Basis der Arbeiterdemokratie vertiefen. Dies war der Kommunismus von Lenin und Trotzki. Es ist höchste Zeit, daß Ihr herausfindet, wie die Sowjetunion wirklich entstanden ist, und daß Ihr diese Lehren heute anwendet.

Wir senden beste Grüße von deutschen, amerikanischen und anderen Kommunisten der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

März 1990

Arbeiter und ihre Familien!

Durch Ausgrenzung und Polizeiterror werden die verbliebenen „Gastarbeiter“ eingeschüchtert. Faschistische Terrorgruppen operieren als Vorreiter und Fahnenträger des deutschen Nationalismus. Nazi- und Skinheadbanden erheben auch in der DDR immer frecher ihr Haupt, die Hetze gegen Ausländer nimmt zu. Dies geht sogar so weit, daß die Gründung von „Selbsthilfegruppen von Frauen mit nicht ganz deutsch aussehenden Kindern“ angekündigt wurde (*Tribüne*, 22. März). Was für ein entsetzlicher Ausdruck — nicht ganz „arisch“ hieß es seinerzeit —, und was für eine menschliche Tragödie muß dahinterstehen!

250 000 Menschen haben am 3. Januar in Treptow den Weg angegeben, wie Naziterror und Ausländerhetze bekämpft werden müssen: durch Arbeitereinheitsfronten, um die braune Pest zu zerschlagen, wenn sie noch klein ist!

### Kontaktadressen: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

SpAD  
Postfach 2002  
Berlin 1026

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe  
Postfach 24  
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31  
2000 Hamburg 11

U.Nündel  
Postamt 25, Postlagernd  
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe  
HPA Rostock, Postlag. 01  
Rostock 2500

# Письмо нашим товарищам советским солдатам

Дорогие Товарищи!

Солдаты Советской Армии, в настоящее время обстановка в вашей стране крайне обострилась. Ваши должностные лица и политинформаторы, так долго превозносившие Ленина и отвергавшие и предававшие забвению Троцкого, добились того, что первый стал затасканной иконой, второй - чудовищным злодеем. На самом деле оба они были достойными людьми своего времени, ведущими советские массы к освобождению на сколько это было возможно при существующих тяжелых условиях в нищей, отсталой стране, истерзанной войной.

Сегодня у вас дома многое смешалось и запуталось. С одной стороны, теперь стало позволительным говорить о замалчиваемых ранее моментах истории, пытаться установить истину. С другой, в стране поощряется капиталистическая эксплуатация. Среди наций растут волнения и желание отколоться потому что после десятилетий сталинского режима, по своей сути отдающего душком царизма, который по определению Ленина был тюрьмой всех народов. Перестройка ещё более обострила национальные антагонизмы, существующие до этого, поощряя экономическое соревнование и личную выгоду. Подорваны социалистические принципы равенства, интернационализма и рабочей солидарности.

С другой стороны Память и ей подобные стремятся вернуться назад к прежней матушке России с её обскурантизмом, отсталостью, преследованием евреев. Великорусские националистические демагоги отравляют этим ядом сознание рабочих, дабы парализовать их способность действовать в собственных интересах не взирая на них национальности. Ещё в 1919 году Ленин говорил: Позор тем, кто сеет вражду к евреям, кто сеет ненависть к другим нациям. Да здравствует братское доверие и боевой союз рабочих всех наций в борьбе за свержение капитала.

Сегодняшний Советский Союз не тот бедняга, вышедший из гражданской войны 1920 года. Но, с 1945 года его империалистические враги во главе с правительством США ведут совместную неустанную борьбу во всех областях, чтобы разрушить Советский Союз. Преступная узурпация Сталиным партийной и советской демократии, его враждебность к интернациональной социалистической революции, трусливое пресмыкательство перед той или иной империалистической державой настолько ослабили Советский Союз, что теперь наследники Сталина готовы сдаться. Они поддаются идеям четвёртого Рейха. Это сыграет на руку наиболее опасным разжигателям войны от Западно-Германского реваншизма до Пентагона. Их цель - раздробить Советский Союз, чтобы уничтожить его как антикапиталистическое государство.

Этот курс всячески поддерживается и поощряется большими слоями городской интеллигенции, которые, как оказывается, являются детьми бывших сталинских чиновников. Именно они верят что могут стать капиталистическими администраторами и воспевателями нового режима. Однако же, картина экономической и политической сущности капитализма, воспрянувшего на могиле многонациональной родины Октября, будет далеко нелицеприятной. Не доверяйтесь лживым речам демагогов свободного рынка, живописующим земной рай для дураков при капитализме. Не доверяйтесь новоиспечённым социал-демократам, рассуждающим об управляемом капитализме. Сознательно или нет, все они ничто иное как троянский конь в новом Плане Барбаросса.

Советскому Союзу необходима сплочённая партия рабочих, основанная на внутренней демократии и военном единстве на фронте. С 1945 года вы и ваши отцы стояли здесь на фронтовой линии, на страже наших общих завоеваний от угрозы империализма. Вы стояли на страже завоеваний рабочего класса, которых вы добились путем поражения капитализма. Нам необходимо углубить военное и экономическое сотрудничество между СССР и ГДР, а также сотрудничество с другими рабочими государствами, на базе рабочей демократии, такова была коммунистическая политика Ленина и Троцкого. Пора вам узнать правду о становлении Советского Союза, извлечь из этого урок и применить его к настоящему.

Наилучшие пожелания от немецких, американских и других коммунистов Интернациональной Коммунистической Лиги (Четвёртый Интернационалист).

Март 1990 г.